

Rede
des Staatssekretärs im
Bundesministerium für Bildung und Forschung,
Dr. Georg Schütte,
zum Thema
„Forschungsförderung – gestern, heute, morgen“
anlässlich
des Symposiums „25 Jahre Wissenschaft und Wiedervereinigung“

am 7. Juli 2015
in Hannover

Lieber Herr Krull, vielen herzlichen Dank!

Einen schönen guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank, dass ich diesen Morgen eröffnen und gleich eine Brücke schlagen darf vom gestrigen zum heutigen Tag. Ich möchte dies mit einem biographischen, anekdotischen Einstieg versuchen: Ich habe die deutsche „Wende“ verpasst, denn ich war nicht da.

Im September 1989 war ich als junger Doktorand und Mitarbeiter eines DFG-Sonderforschungsbereichs in New York und habe in einem Projekt zur Geschichte des Fernsehens in der DDR, der Bundesrepublik Deutschlands und den USA gearbeitet. Weil im September noch gar nicht absehbar war, ob man überhaupt „Oral History Interviews“ mit Journalisten aus der DDR würde führen können – das war die erste Phase dieses Forschungsprojektes –, sind wir also nach New York gefahren, um eben dort Interviews zu realisieren.

Unglücklicherweise waren ab Oktober eine Reihe der Journalisten aus den USA, die wir interviewen wollten, gar nicht mehr in New York, sondern in Berlin, um von vor Ort zu berichten. Glücklicherweise jedoch war ich ab Januar 1990 beim Fernsehen der DDR, wo ich zwei Monate lang mit Journalistinnen und Journalisten diskutieren durfte.

Das also, was Sie gestern reflektiert haben im Hinblick auf persönliche Begegnungen mit und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Organisatoren im Wissenschaftssystem, konnte ich in gewisser Weise zunächst in Gesprächen mit

Journalistinnen und Journalisten erleben, also Vertreterinnen und Vertretern des Mediensystems. Und was die „Wende“ an persönlichen Umbrüchen bedeutet, an persönlicher Verunsicherung, an unsicheren Berufs- und Lebensperspektiven, das durfte ich in dieser Zeit hautnah und sehr eindringlich erfahren.

Nehmen Sie dies nur als persönliche Reminiszenz, die Ihnen gleichzeitig zeigt, dass ich sozusagen als Zeitzeuge nur bedingt etwas zu bieten habe, da mein berufliches Leben in der Wissenschaftsadministration erst danach begann, nämlich 1992. Deshalb bin ich umso mehr dankbar, den heutigen Tag eröffnen zu dürfen.

Wenn wir über 25 Jahre Forschungsförderung in Ost- und Westdeutschland reden, möchte ich am Anfang den Blick zurück wagen auf diese Zeit von 1989/90 bis heute, um dann zu schauen, wo wir heute stehen und schließlich den Blick nach vorne werfen.

Wie war die Situation?

Die Herausforderungen in Ostdeutschland waren 1990 durch eine ganze Reihe von demographischen und wirtschaftlichen Umbrüchen geprägt. Ich habe mir noch einmal die Statistik der Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland angesehen. Der Wanderungssaldo Anfang der 1990er Jahre von Ost nach West war enorm. Das wurde zwar weniger, um die Jahrtausendwende herum gab es aber eine zweite Welle, bei der noch einmal doppelt so viele Menschen Ostdeutschland verlassen haben als hingezogen sind. Auch diese Welle ist abgeebbt, aber wir haben fast zweieinhalb Jahrzehnte Abwanderung aus den ostdeutschen Ländern nach Westdeutschland hinter uns und damit doch eine rapide Entvölkerung einzelner Regionen in Ostdeutschland.

Wie hat sich die Altersverteilung geändert?

Sowohl West- als auch Ostdeutschland haben alternde Bevölkerungen, aber der Anteil der älteren Kohorten in Ostdeutschland ist höher als in Westdeutschland. Abwanderung wird also überlagert von oder geht einher mit einer Alterung der Gesellschaft.

Im Jahr 1990 hatten wir zudem einen Einbruch der Industrieproduktion in den ostdeutschen Ländern von rund 40 Prozent. Der Rückgang der Beschäftigung lag bei 42 Prozent. 80 Prozent der Industriearbeitsplätze sind verloren gegangen. Dies wurde später unter anderem durch einen rapiden Aufbau von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft kompensiert. Der

unmittelbare Verlust der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurde jedoch durch Transferzahlungen von rund 75 Milliarden Euro pro Jahr ausgeglichen.

Hans-Werner Sinn schrieb, dass das DDR-Lohnniveau 1989 bei 7 Prozent des Westniveaus gelegen habe. Die Zahlen konnten wir nicht verifizieren. Dennoch, wenn man sie einmal als grobe und vielleicht auch polarisierende Näherung sieht, hatten wir 1989 eine erhebliche Differenz der Lohnniveaus. Im Jahr 1996 lag das Lohnniveau dann aber bei 85 Prozent des Westniveaus.

Sie haben auch über die Unternehmensstruktur in den ostdeutschen Bundesländern diskutiert. Wir sehen in den ostdeutschen Bundesländern wenig große Unternehmen, also Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern. Bei Unternehmen unter dieser Grenze, also Kleinstbetrieben und mittelgroßen Unternehmen, halten sich West und Ost jedoch ungefähr die Waage.

Soweit also zu den Ausgangs- und strukturellen Bedingungen der Forschungsförderung in den ostdeutschen Ländern.

Sie haben außerdem intensiv über den Institutionenaufbau diskutiert. Was waren die Instrumente, die in den 90er Jahren zum Einsatz kamen, um in diesem wirtschaftlichen Umfeld Forschungs- und Innovationsförderung möglich zu machen?

Ab 1991 gab es das Hochschulerneuerungsprogramm. Eine Dekade später haben wir aus dem BMBF heraus nach dem Hochschulerneuerungsprogramm weiter innovative Forschungsstrukturen in den ostdeutschen Ländern gefördert. Es ging darum, Forschungsstrukturen und die Basis für Forschungsarbeiten in der Fläche auszubauen. Daneben gab es die Annahme, dass man relativ frühzeitig auf einen in gewisser Weise „Normalbetrieb“ von Forschungsförderung würde umschalten können, der Gesamtdeutschland adressiert. Allerdings haben wir in der zweiten Hälfte der 90er Jahre festgestellt, dass es durchaus spezifischer Förderprogramme bedarf.

Das erste, was wir auf den Weg gebracht haben, war das InnoRegio-Programm und seit 1999 dann die Förderfamilie „Unternehmen Region“ mit dem sehr spezifischen Fokus, unter den gegebenen und eben geschilderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Innovationsförderung in den ostdeutschen Bundesländern zu betreiben, um ein Innovationsökosystem aufzubauen, was in der Lage ist, mittel- bis langfristig wertschöpfend zu wirken.

Es hat vor dem Solidarpakt begonnen und ist heute Teil des Korbs II des Solidarpakts II, wobei die Förderung noch bis 2019 läuft. Wir haben seit 1999 1,4 Milliarden in diesem Förderprogramm ausgegeben. Das Ziel ist es, das endogene Innovationspotenzial vor Ort in einzelnen Regionen zu erschließen, um – und das war die besondere Herausforderung – in kürzerer Zeit wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen, die so attraktiv sind, dass sie nicht nur junge Talente anziehen oder wieder anziehen, und zwar nicht nur aus Westdeutschland, sondern auch aus aller Welt, und auch eine Basis schaffen für den Ideentransfer in die Unternehmenswelt hinein.

Wie sieht die Bilanz aus?

Wir können an einzelnen Orten Leuchttürme präsentieren. Solche Leuchttürme lassen sich dort identifizieren, wo Maßnahmen besondere Wirkung gezeigt haben. Dies ist methodisch relativ einfach, da in der Fläche viele Defizite bestehen. Ich komme aber auch auf dieses Moment ganz am Ende noch einmal zurück, wenn ich darüber rede, wie wir zukünftig weiter fördern können.

Einer dieser Leuchttürme ist die Medizin in Greifswald. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat seit den 90er Jahren die klinische Forschung an den medizinischen Fakultäten in den ostdeutschen Ländern gefördert. Von Beginn an war die Greifswalder Medizinische Fakultät dabei, die an verschiedenen Programmen teilgenommen hat. Rund 70 Millionen Euro sind in drei Zentren für Innovationskompetenz geflossen. Es folgten verschiedene weitere Förderprogramme und heute steht Greifswald als ein sehr attraktiver Forschungsstandort in der Medizin da.

Besonders entwickelt hat sich zum Beispiel die Proteomik in Greifswald. Es gibt ein aktuelles Ranking, bei dem die Mikrobiologie in Greifswald jetzt schon zur weltweiten Spitze gezählt wird.

Nun soll man derartige Rankings nicht überbewerten. Es sagte einmal ein Bonner Rektor: „Ich bin gegen jedes Ranking, weil es immer methodisch falsch ist, es sei denn, meine Universität ist unter den ersten Zehn.“ Wenn man mir die gleiche Selektivität hier unterstellt, habe ich Ihnen wohl ein Positivbeispiel mit der mir eigenen Auswahlbrille demonstriert.

Gleichwohl: Greifswald ist in diesem Feld – ich glaube, das würde auch eine deutsche Debatte im Detail zeigen – in die Weltspitze vorgedrungen. Ein anderes Beispiel aus

Sachsen ist das „OncoRay Center“ in Dresden, wo im Bereich Strahlentherapie zur Krebsbehandlung weltweit Führendes geleistet wird.

Forschung kann Innovationen ermöglichen und schafft Beschäftigung, aber – und das bleibt weiterhin deutlich – es geht in den östlichen Bundesländern vornehmlich um die Förderung der Forschung. Denn im Gegensatz zu den westdeutschen Ländern, wo es vor allem die großen Unternehmen sind, die das Innovationsgeschehen prägen, sind es in Ostdeutschland weiterhin die kleinen und mittleren Unternehmen und die öffentliche Hand.

Wir haben bundesweit ein Verhältnis von zwei Drittel private zu einem Drittel öffentliche FuE-Ausgaben. In den ostdeutschen Bundesländern ist dieses Verhältnis genau umgekehrt: Hier haben wir zwei Drittel staatlich finanzierte Forschungs- und Entwicklungsleistungen und lediglich ein Drittel Finanzierung aus privaten Unternehmen heraus.

Das heißt, wir müssen umso mehr strategische Bündnisse zwischen Unternehmen und den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen fördern. Wir haben versucht, zum einen über eine Strukturförderung wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen und den Wettbewerbsgedanken zu akzentuieren, zum anderen die Profilierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu fördern. Wir machen dies nicht nur im Rahmen dieser besonderen Förderprogramme, sondern auch im Rahmen der bundesweit eingesetzten Förderprogramme wie beispielsweise der Exzellenzinitiative.

Was kommt dabei heraus?

Wir haben das Programm „InnoProfile“ initiiert, in dem wir Profile einzelner Forschungsorte durch den Aufbau beispielsweise von Nachwuchsgruppen stärken wollen. Wir haben 42 Nachwuchsgruppen in diesem Programm gefördert, aus der Förderung herausgekommen sind unter anderem 21 industriefinanzierte Stiftungsprofessuren, und das angesichts der eher ungünstigen Unternehmensstruktur in den ostdeutschen Ländern. Es zeigt sich also, dass man mit gezielter Förderung auch in diesem wirtschaftlichen Umfeld Impulse setzen kann.

Ein weiteres Programm in der Förderfamilie „Unternehmen Region“ sind die sogenannten Wachstumskerne. Hier haben wir versucht zu erheben, wie die eingesetzten Fördermittel wirken, wenn wir solche Wachstumskerne, also Innovationskerne in einzelnen Regionen unterstützen.

Eine Million Euro Fördereinsatz haben durchschnittlich zu 2,5 Millionen Euro Umsatz, 25 neuen Arbeitsplätzen und 2,4 Patenten geführt sowie die Ansiedlung neuer Unternehmen gefördert.

Ist dies nun viel, oder ist es wenig?

In gewisser Weise suchen wir natürlich nach Indikatoren, um zu prüfen, ob öffentliche Mittel richtig eingesetzt wurden. Dadurch, dass wir aber keinen externen Referenzmaßstab haben, bleibt es wohl eine subjektive Schätzung bzw. Wertung. Unter dem Strich ist es der Ansatz, über verschiedene Instrumente der Innovationsförderung dahin zu kommen, dass man in einem Innovationsumfeld, das sich nicht einfach gestaltet, an einzelnen Orten und einzelnen Regionen solche Innovationskerne aufbaut.

Wo stehen wir heute?

Zunächst zur gesamtdeutschen Perspektive: Wenn man das „Innovation Union Scoreboard“ der Europäischen Union anschaut, dann zählt Deutschland zu den vier oder fünf innovationsstärksten Ländern in der Europäischen Union. Wenn Sie über die EU hinausschauen, liegt stets die Schweiz vor Deutschland und vor allen anderen europäischen Ländern.

Je nach Studie finden sich die USA hier vor und da hinter Deutschland positioniert. Länder wie Singapur und Korea werden ebenfalls häufig höher gerankt als die Bundesrepublik. Grundsätzlich findet sich Deutschland meist unter den Top 10. Wir sind damit innerhalb Europas in der Tat eine Innovationslokomotive. Aber selbstkritisch betrachtet war Deutschland von 2010 bis 2013 tendenziell besser bewertet. Seit 2013 stagnieren die Werte und es gibt erste Anzeichen für einen Rückgang. Ausruhen können wir uns also sicherlich nicht.

Wir haben einen Weltmarktanteil an forschungsintensiven Waren von gut zwölf Prozent. Das ist mit China gesehen Weltspitze. Wir sind, wenn wir die Publikationsindizes anschauen, in einer führenden Position in Europa und weltweit unter den Top 5. In der jüngsten Nature-Ausgabe habe ich Deutschland sogar auf Rang 3 gefunden. Unter dem Strich zeichnen die Indikatoren also ein positives Bild. Sie spiegeln die Leistungsfähigkeit des deutschen Forschungs- und Wissenschaftssystems wieder und verdeutlichen unsere Erfolge.

Wir geben rund 80 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus, das sind rund 2,9 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes, also fast ein Prozent mehr als im europäischen Durchschnitt. Wenn Sie so wollen, bestätigen diese Indikatoren unseren Weg und zeigen, dass wir eine gute Ausgangsbasis haben.

Wo stehen wir 25 Jahre nach dem Mauerfall im innerdeutschen Verhältnis?

Wir sehen, dass wir nach wie vor eine relativ starke wirtschaftliche Divergenz zwischen Ost- und Westdeutschland haben. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist stärker durch den Rückgang der Bevölkerung in Ostdeutschland getrieben als durch das Wirtschaftswachstum.

Die Wirtschaftskraft in den östlichen Bundesländern hat ungefähr das Niveau der alten Bundesrepublik von 1980 erreicht. Das heißt, wir reden über einen Rückstand von mehr als 30 Jahren. Die ostdeutsche Binnennachfrage übersteigt das Einkommen immer noch um 20 Prozent. Es zeigt sich, dass wir nach einer Phase rapider wirtschaftlicher Erholung im Anschluss an die massiven Einbrüche in der Wendezeit jetzt in eine Phase kommen, in der sich eine Angleichung viel langsamer vollzieht als in den 90er Jahren. 1991 hatten wir beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den östlichen Bundesländern 31 Prozent des Westniveaus, heute sind es 67 Prozent. Die Forschungsintensität liegt jedoch immer noch ungefähr bei der Hälfte des Westniveaus.

Was tun wir?

Wir haben zweieinhalb Jahrzehnte hinter uns, in denen wir in der Fläche Strukturen geschaffen haben, die Wettbewerbsfähigkeit fördern sollen. Wir haben versucht, über Innovationsförderung Impulse zu setzen.

Die Grenzen sind eindeutig, wir können über Innovationsförderung nicht wirtschaftliche Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Strukturbedingungen insgesamt verändern. Es ist aber gleichwohl gelungen, an einzelnen Orten hochinnovative Innovationsökosysteme zu schaffen. So ist beispielsweise Dresden, zu dem ich eben „OncoRay“ zitiert habe, inzwischen der führende Mikroelektronikstandort geworden. Man hat aber auch auf bestehenden Strukturen aufgesetzt, die es damals schon gab. Diese bestehenden Strukturen wurden durch eine Institutslandschaft mit mehreren Fraunhofer-Instituten und eine kluge Schwerpunktsetzung an der Universität in Kooperation mit einem Helmholtz-Zentrum ergänzt. Hier wurde also durch Netzwerkbildung eine Basis geschaffen, die dann durch entsprechende Unternehmensansiedlung ausgebaut wurde. Wir haben eine der großen „Chip Foundries“ – das sind die Auftragsproduzenten für Massenchipproduktion – in

Dresden. Wir haben außerdem „Globalfoundries“ und mit „enviaM“ einen Spezialhersteller, so dass diese Region inzwischen neben der Region, in der Intel ansässig ist, zu einem der Hauptproduktionsstandorte in Deutschland gehört und neben Grenoble und Leuven zu einem der führenden FuE-Standorte in der Mikroelektronik.

Es gibt also neben Defiziten in der Fläche Erfolge in der Spitze. Doch was heißt das für die Innovationsförderung?

Wir werden in Zukunft auch im Bundesministerium für Bildung und Forschung überlegen, was wir in den ostdeutschen Bundesländern zusätzlich tun können, um diesen positiven Trend weiter zu unterstützen. Es wird aber in gewisser Weise eine bundesweite Förderung sein. Wir werden immer weniger über spezifische ostdeutsche Förderinstrumente nachdenken, sondern mehr über Förderinstrumente, die in strukturschwachen Regionen eingesetzt werden. Die Unterschiede zwischen Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland in Bezug auf Innovationsindikatoren sind nicht so groß, und über das Ruhrgebiet als strukturschwacher Standort wird bereits hinlänglich diskutiert.

Das heißt, wir werden Instrumente entwickeln, die bundesweit einsetzbar sind, denn wo wir Spitzenorte fördern, sehen wir keine großen Unterschiede zwischen Ost und West mehr. Außerdem haben wir die Hightech-Strategie als nationale Innovationsstrategie auf den Weg gebracht, die wir inzwischen in der dritten Phase und in der dritten Legislaturperiode umsetzen.

Begonnen hat diese Strategie mit einem Ansatz, der auf Schlüsseltechnologien fokussierte und Wertschöpfungspotenziale von Schlüsseltechnologien zu heben versuchte, also mit einem Technology-Push-Ansatz. In der zweiten Phase haben wir die Perspektive gewechselt. Wir haben gefragt: Was sind die gesellschaftlichen Bedarfe, die wir adressieren müssen? Anschließend war es naheliegend, dass wir Erfahrungen aus beiden Ansätzen in der 3. Phase zusammenbringen.

Das tun wir jetzt und schauen, wo wir den Technology-Push wieder verstärken können. Mikroelektronik ist hierbei ein Beispiel: Was können wir tun, um die Mikroelektronik und die Chipproduktion in Deutschland und damit in Europa zu stärken?

Wir schauen aber auch auf die großen gesellschaftlichen Bedarfsfelder, für die wir Antworten suchen. Die Energiewende ist nur eines der prominenteren. Über beide Pfade versuchen wir also derzeit, die Innovationsförderung weiter voranzubringen.

Die sich stellenden Querschnittsfragen sind nicht neu: Was können wir tun, um Wagniskapital in Deutschland attraktiver zum Einsatz zu bringen? Wie können wir Unternehmen und die Unternehmensgründung fördern? Was müssen wir tun, um den Ideentransfer aus den Forschungsinstituten in die Wirtschaft und die Gesellschaft hinein zu befördern? Und welche Erwartung hat die Bevölkerung, also das große Thema Transparenz und Partizipation. Solche Querschnittsthemen artikulieren sich gemeinsam in West und Ost und sie sind weiterhin akut.

In diesem Sinne gibt es natürlich ein Förder- und das Instrumentenspektrum, das bundesweit zum Einsatz kommt. Wir werden aber auch die spezifischen Instrumente unserer Förderfamilie „Unternehmen Region“, also z. B. Innovationsforen oder Zentren für Innovationskompetenz oder auch das Förderprogramm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ weiter nutzen. Diese Instrumente werden weitergeführt, wobei sie zum Ende der Dekade auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt werden sollten.